

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 1-2

Artikel: Die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU : eine Analyse

Autor: Goertz, Stefan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-917129>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU – eine Analyse

Dieser Beitrag untersucht einführend die Hintergründe und Ziele der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, dazu die unterschiedlichen Akteure der GASP und fragt dann vor dem Hintergrund aktueller Kriege und sicherheitspolitischer Konflikte, ob die GASP funktioniert und effizient ist. Abschliessend wird die Idee einer europäischen Armee als potenziell wirkungsvolles Mittel der EU-GASP erörtert.

Stefan Goertz

Nach einem gescheiterten Versuch im Jahr 1954, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu gründen, griffen die europäischen Staats- und Regierungschefs erst 1970 die Idee einer verstärkten aussenpolitischen Zusammenarbeit wieder auf. Die sogenannte Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) war die Vorläuferin der heutigen GASP. Im Vertrag von Maastricht (1992) wurde zum ersten Mal das Ziel einer «Gemeinsamen Aussenpolitik» festgelegt. Die EU wollte mit einer GASP ihren Standpunkt zu bewaffneten Konflikten, zu Menschenrechtsfragen und zu anderen sicherheitspolitischen Themen zum Ausdruck bringen. Die Ernennung eines Hohen Vertreters für die GASP 1999 sollte eine stärkere Effizienz und bessere Aussenwirkung der Aussenpolitik der EU bewirken. Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) wurde der Hohe Vertreter gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission und sitzt dem Rat der Aussenminister vor.¹ Der Vertrag von Nizza, der 2001 in Kraft getreten ist, definierte die Ziele der GASP wie folgt:

- «Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der Unversehrtheit der EU;
- Stärkung der Sicherheit der EU und ihrer Mitgliedsstaaten;
- Wahrung des Friedens und Stärkung der internationalen Sicherheit im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen;
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit;
- Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.»²

Die Akteure der GASP

In die GASP sind alle Akteure des aussenpolitischen Handelns der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten eingebunden:

- Die Staats- und Regierungschefs als «Europäischer Rat». Sie legen die allgemeinen Grundsätze und Leitlinien der GASP fest. Sie können einstimmig gemeinsame Strategien beschliessen, die für alle Staaten bindend sind und von der EU durchgeführt werden;
- Die Aussenminister der EU-Mitgliedsstaaten, die monatlich unter Vorsitz des Hohen Vertreters zusammentreten. Der Rat kann auf der Basis einer gemeinsamen Strategie mit qualifizierter Mehrheit gemeinsame Standpunkte oder Aktionen beschliessen. Die gemeinsame Aktion ist in der Aussenpolitik das stärkste Instrument gemeinsamen Handelns. Solche Aktionen können sowohl politische als auch andere, zum Beispiel militärische Massnahmen einschliessen;
- Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) mit Sitz in Brüssel, das die Tagesarbeit leistet. Die Mitglieder des PSK erhalten ihre Weisungen direkt aus den Aussenministerien der EU-Mitgliedsstaaten, die ihrerseits über die «Europäischen Korrespondenten» ständig miteinander in Kontakt stehen;
- Experten aus den nationalen Ministerien, die unter Leitung des PSK in Arbeitsgruppen Spezialthemen beraten,

etwa die Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder Probleme auf dem Balkan oder im Nahen Osten;

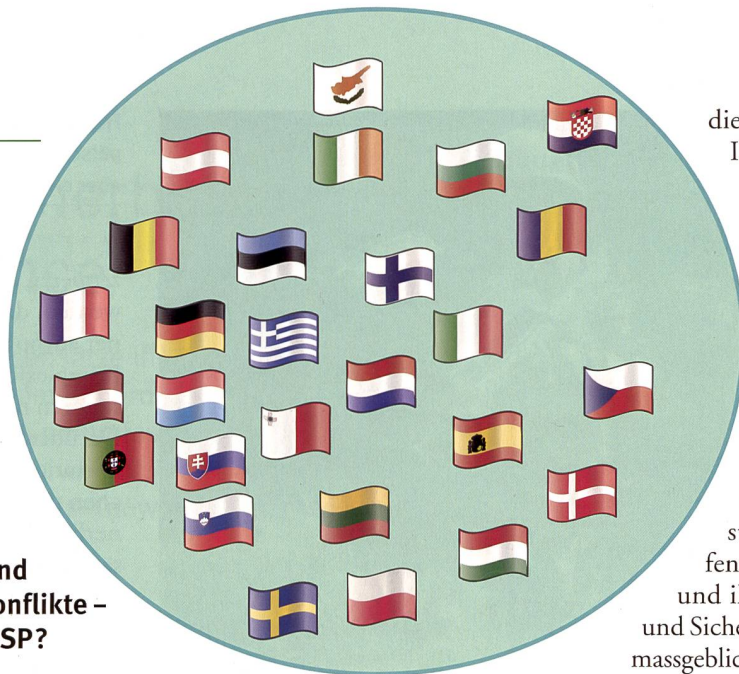
- Die Botschafter der Mitgliedsstaaten und die Delegationen der Europäischen Kommission weltweit und bei internationalen Organisationen.³

Der Spanier Josep Borrell ist der Hohe Vertreter für die GASP.



Mitgliedstaaten der EU.

Nach aussen, also gegenüber Staaten und Organisationen in aller Welt, wird die EU in Fragen der GASP in der Regel durch die «Trojka» vertreten: die Ratspräsidentschaft, der Generalsekretär des Rates und die Kommission.



Aktuelle Kriege und sicherheitspolitische Konflikte – funktioniert die GASP?

Seit Jahren will die EU eine aussen- und sicherheitspolitische Grossmacht in der Welt werden und sich gegenüber China, Russland und den USA behaupten. Das Problem dabei ist allerdings, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten in fast allen strategischen Entscheidungen uneins sind. Der seit fünf Jahren andauernde Bürgerkrieg in Libyen hat der GASP der EU einmal wieder deutlich ihre Grenzen aufgezeigt. Dieser Bürgerkrieg ist längst zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Ägypten, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Russland und Frankreich auf der Seite von General Haftar einerseits sowie Katar, der Türkei und Ita-

lien auf der Seite von Premierminister Al Sarraj geworden. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der neue EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell versuchen seit einem Jahr, das Feuer dieses Stellvertreterkriegs in unmittelbarer südlicher Nachbarschaft zur EU zu löschen. Von der Leyen und Borrell sprachen von einer «verantwortungsvollen Führungsrolle» der EU in der Welt und wollten die «Sprache der Macht» sprechen. Die EU als Global Player – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch aussenpolitisch – und

die GASP als ihr wirkungsvolles Instrument ist ihr erklärtes Ziel.⁴ Der EU und ihrer GASP gelang es allerdings nicht, entscheidenden Einfluss auf die Bürgerkriegsparteien in Libyen und ihre Unterstürterstaaten auszuüben, was vor allem auch damit zu tun hat, dass Frankreich und Italien in der Libyen-Frage aussen- und sicherheitspolitisch als Gegner gegenüberstehen. Diese Gegnerschaft offenbart ein Kernproblem der EU und ihrer GASP: Weil die Aussen- und Sicherheitspolitik der EU weiterhin massgeblich von den Aussenministern der EU-Mitgliedsstaaten verantwortet wird, spricht die GASP selten mit einer Stimme.

In der aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen Konfrontation zwischen den USA und China, der Begriff «zweiter Kalter Krieg» wird benutzt, müsste die EU als Global Player agieren. Auch das sicherheits- und militärpolitische Verhältnis zwischen der NATO und Russland – siehe der kriegerische Konflikt in der Ost-Ukraine – könnte Ähnlichkeiten eines «zweiten Kalten Krieges» entwickeln. Ein weiteres aktuelles Beispiel ist der Bürgerkrieg in Syrien, in dem Russland eine entscheidende Rolle spielt und ein Machtvakuum gefüllt hat, welches die EU nicht füllen wollte bzw. konnte. Für die sicherheits- und militärpolitischen Grossmächte Russland und China gilt seit Jahren weniger die Stärke des Rechts, sondern das Recht des Stärkeren, was die GASP der EU oftmals überfordert.⁵

Wie bei der Idee einer gemeinsamen EU-Armee will die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten auch in der Aussenpolitik keine nationale Souveränität abgeben, so dass die GASP mittelfristig angesichts realpolitisch agierender Akteure wie Russland, der Türkei und der USA unter (dem ehemaligen Präsidenten) Donald Trump kaum auf Augenhöhe wahrgenommen wurde. Sprich: Aktuell kann die GASP nicht als Instrument einer «hard power» bewertet werden.

Die EU und ihre GASP spielen nur dann eine grössere Rolle, wenn es um entwicklungspolitische Hilfen bzw., wie jüngst im Libanon, um finanzielle Unterstützung im Falle von Katastrophen geht. Wie kann also die EU mehr aussen- und sicherheitspolitisches Gewicht in der Welt erlangen? Folgende These wurde in den letzten Jahren häufig bestätigt: «Solange

Das Europäische Parlament in Strassburg.





Französischer Infanterist: Die Idee einer europäischen Armee ist nicht neu, mittelfristig aber eher unrealistisch. Bilder: wikimedia

in der EU-Aussenpolitik das Einstimmigkeitsprinzip gilt, wird es nur Beschlüsse auf Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners geben.» Allerdings ist eine Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips aller 27 EU-Staaten mittelfristig quasi aussichtslos.⁶

Eine europäische Armee als Instrument einer GASP als «hard power»?

Über die enge Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte in Europa hinaus gab es in der Vergangenheit immer wieder weitergehende Überlegungen zur Gründung einer europäischen Armee. Bereits in den 1950er-Jahren wurde im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgeschlagen, integrierte Streitkräfte zu einer Armee unter der Führung eines europäischen Verteidigungsministers zusammenzuführen. Ein aktueller Grund für eine intensivere Diskussion dieser Idee ist der immer enger werdende finanzielle Spielraum der EU-Staaten. Einzelne Mitgliedsstaaten der EU haben bereits ihre Fähigkeiten zusammengelegt (ein Beispiel ist der gemeinsame Minenabwehrverband der baltischen Staaten in Estland). Daneben hat die EU gemeinsame Gefechtsverbände zur Krisenreaktion (Battle Groups) entwickelt. Ein starkes Argument für die Gründung einer europäischen Armee ist, dass diese ein Instrument einer GASP als «hard power» wäre. In dieser Logik wäre ein langfristiges Ziel, im Rahmen einer «Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion» Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando zu schaffen. Im Rahmen der «Stän-

digen Strukturierten Zusammenarbeit», einem im EU-Vertrag angelegten Mechanismus der engeren verteidigungspolitischen Zusammenarbeit («Pesco»), wurden verschiedene europäische Rüstungsprojekte vereinbart, z. B. für Drohnen.⁷

Argumente für eine europäische Armee sind, dass sie die Idee von «pooling and sharing», der Bündelung der vorhande-

«Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages auch eine echte europäische Armee zu schaffen.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel

nen militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten umsetzt. Damit verbunden ist, dass eine europäische Armee die europäischen Verteidigungsaufgaben deutlich effizienter machen würde, das technologische Niveau der Waffen und Ausrüstung könnte deutlich erhöht werden. Davon würde auch die europäische Rüstungsindustrie profitieren. Eine europäische Armee würde das Gewicht und den Einfluss der EU im Vergleich zu den USA stärken, die USA fordern seit vielen Jahren mehr «burden sharing».⁸

Argumente gegen eine europäische Armee sind, dass eine europäische Armee ein Niveau einer Integration und Abgabe von nationalstaatlicher Souveränität im Bereich der Verteidigung voraussetzt, was viele Mitgliedsstaaten der EU nicht ak-

zeptieren würden. Weiter muss festgestellt werden, dass die Umsetzung der Idee einer europäischen Armee aufgrund ihrer Komplexität realistisch nicht mittelfristig, sondern nur langfristig umzusetzen wäre. Darüber hinaus könnten einzelne «Kooperationsinseln» in verschiedenen Bereichen der militärischen Kooperation innerhalb der EU effizienter als eine tatsächliche, homogene europäische Armee sein. Abschliessend muss festgestellt werden, dass eine europäische Armee auch eine Doppelung zur NATO, bzw. eine Art Schatten-NATO wäre.⁹

Mittelfristig ist die Umsetzung der Idee einer europäischen Armee eher unwahrscheinlich, da die meisten EU-Mitgliedsstaaten ihre militärpolitische Souveränität behalten wollen.

Fazit

Die GASP der EU der letzten Jahre und Monate muss im Vergleich zur Sicherheits- und Aussenpolitik der wirkmächtigen Global Player USA, Russland und China eher als Papiertiger denn als «hard power» beschrieben werden. Bilaterale Initiativen von grossen EU-Mitgliedsstaaten wie Frankreich und Deutschland für eine Stärkung der GASP werden perspektivisch immer wieder am Einstimmigkeitsprinzip aller 27 EU-Staaten scheitern. ■

1 <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gemeinsame-aussen-und-sicherheitspolitik-gasp-450278> (9.12.2020).

2–3 Ebd.

4 <https://www.nzz.ch/meinung/eu-aussenpolitik-rolle-als-global-player-noch-in-weiter-ferne-ld.1529391> (9.12.2020).

5 <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article/213926158/EU-Aussenpolitik-Raus-aus-der-Komfortzone.html> (9.12.2020).

6 Ebd.

7 <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176856/europaarmee> (9.12.2020).

8 <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2015/die-europa-armee-pro-und-kontra> (9.12.2020).

9 Ebd.



Oberstleutnant d.R.
Prof. Dr. Stefan Goertz
Prof. für Sicherheitspolitik
Hochschule des Bundes
Bundespolizei
D-23562 Lübeck

CyOne Security AG

Netzwerksicherheit versus Cyber Defence

Unterschiedliche Lösungsansätze in der Netzwerksicherheit und der Cyber Defence führen im Behördenumfeld immer wieder zu einem Spannungsfeld. Doch für eine umfassende Cyber Security braucht es beide Sicherheitsaspekte vereint. Die CyOne Security kann hier mit ihrem spezifischen Sicherheits-Know-how einen essenziellen Beitrag zur Lösungsentwicklung leisten.

Wegen der einzigartigen Sicherheitsarchitektur werden Netzwerkgeräte der CyOne Security innerhalb der Armee und den Sicherheitsbehörden in hochsensiblen Bereichen für verschiedenste Einsatzszenarien eingesetzt. Die Geräte garantieren an der Netzwerkperipherie höchste Kommunikationssicherheit und eine starke Netzwerktrennung. Regelmässige Feedbacks seitens der Netzwerk-Sicherheitsverantwortlichen attestieren den CyOne Security-Produkten höchste Sicherheit sowie einen einwandfreien Betrieb.

Die Cyber Defence-Spezialisten des Bundes haben hier zusätzliche Anforderungen. Da die Kommunikation zwischen den Geräten chiffriert stattfindet und sämtlicher nicht geschützter Datenverkehr schon am Geräteeingang verworfen wird, stehen den Spezialisten die relevanten Daten für eine effektive Cyber Defence dort heute nicht zur Verfügung. Für eine erfolgreiche Cyber Defence ist es essenziell, eine Identifikation des eintreffenden Netzwerkverkehrs durchzuführen und allfällige Angriffsmuster oder deren Fragmente frühzeitig zu detektieren und zwar an allen relevanten Netzwerkperipherien und über alle Zonen.

Um handlungsfähig zu bleiben, ist ein bestmöglicher Schutz der Infrastruktur und der damit verarbeiteten Daten entscheidend. Hierbei sind sich die beiden Anspruchsgruppen einig. Sensible Daten müssen während des Transports, der Verarbeitung, der Speicherung und der Langzeit-Archivierung entsprechend ihrer Klassifizierung adäquat geschützt sein. Unter netzwerktechnischem Blickwinkel sind hier Chiffrierung, Abschottung, Zonierungen oder Netzwerktrennungen mit spezifischen Netzwerkübergängen die effektivste Lösung.

Handlungsfähigkeit heisst aber auch, während oder trotz eines Cyber-Vorfalles auf funktionierende Netz- und IT-Infrastrukturen und die darin vorhandenen Daten (zeitkri-

tisch und organisationsübergreifend) zuzugreifen und damit entscheidungsfähig bleiben zu können. Dafür sind die genannten Methoden weniger geeignet, weil mit ihnen während einer Krise die notwendige organisations- und zonenübergreifende Kollaboration kaum möglich ist. Aus cyber-technischer Sicht beinhaltet eine umfassende und erfolgreiche Cyber-Abwehr auch die Fähigkeit der Angriffserkennung und der weiterführende Ausbau zur Angriffs-Antizipation. Die beiden wichtigen Aspekte erlauben ein nachgelagertes flexibles, auf die aktuelle Bedrohung ausgelegtes Schutzdispositiv der Infrastruktur. Eine Voraussetzung dafür ist unter anderem Visibilität, auch an der Netzwerkperipherie.

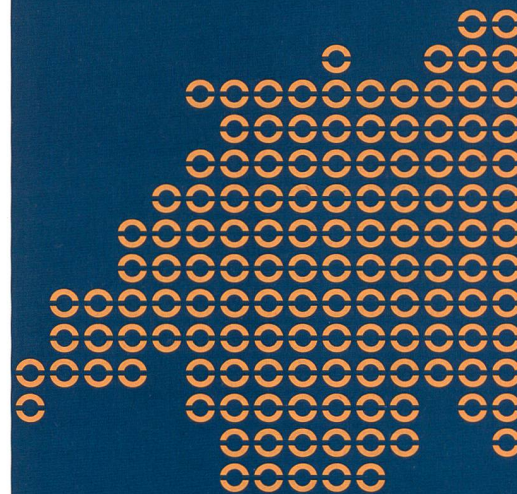
Für die CyOne Security beinhaltet die Cyber Security – in welcher die klassische Netzwerksicherheit per Definition integriert ist – einen ausgewogenen Ansatz beider Sichtweisen, vor allem innerhalb der Armee und bei Sicherheitsbehörden. Die CyOne Security setzt deshalb ihr einzigartiges Sicherheits-Know-how dafür ein, um ihre Produkte und Lösungen cyber-abwehrfähig zu machen, um so die Anforderungen der Cyber Defence zu erfüllen. Diese Lösungsansätze können in neue oder existierende Security Operation Center, Cyber Defence Center oder Cyber Fusion Center integriert werden. Die cyber-relevanten Daten sollen optimal mit den existierenden Security Information und Event Management Produkten (SIEM) des Bundes automatisiert verarbeitet werden können.

Den ersten Schritt in diesem Prozess sieht die CyOne Security im offenen Dialog mit den beiden Anspruchsgruppen, um eine optimale organisationsübergreifende Lösung zu entwickeln. Gemeinsam einen Schritt vorwärts für eine sichere Schweiz. Bit für Bit.



Roland Odermatt,
Leiter Verkauf Behörden
roland.odermatt@cyone.ch

Sichere Schweiz. Bit für Bit.



**Wir schützen Sie vor
Cyber-Risiken**

CyOne Security bietet 360°-Sicherheitskonzepte und -lösungen für umfassenden Schutz von Behörden vor Cyber-Risiken. Cyber Security aus der Schweiz. Für die Schweiz.

cyone.ch

CyOne
SECURITY